Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.



Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 7. März 1885. Nr. 111.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 6. März.

Am Ministertisch: v. Goßler.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Der Präsident macht die Mittheilung, daß der Abg. Wiedewald, Danzig, sein Mandat niedergelegt.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Feststellung eines Nachtrages zum Staatshaushaltsetat pro 1885—86 wird ohne Diskussion der Budget-Kommission überwiesen.

Die zweite Berathung des Etats wird beim Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten fortgesetzt bei Kap. 124 Tit. 4. Es liegt ein Antrag des Abg. Stöcker vor: „Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, in den nächstjährigen Etat eine angemessene Summe einzustellen, welche zur Theilung großer Parochien in Stadt und Land für die evangelische wie katholische Kirche zu verwenden ist.“ Dazu hat Abg. Hahn den Abänderungsantrag gestellt: „Die Staatsregierung zu ersuchen, für die nächste Etatsaufstellung auf Einfügung eines Titels Bedacht zu nehmen, zur Gewährung von Unterstützungen an unvermögende Kirchengemeinden, zur Errichtung neuer Kirchen, speziell zur Abtrennung neuer Pfarreien von bestehenden großen Parochien.“

Abg. Stöcker: Man bestreitet, daß der Staat verpflichtet sei, mit seinen Mitteln dem kirchlichen Nothstand zu steuern; das ist falsch; denn er hat ein Interesse, Trunksucht, Unzucht, staatsumstürzende Tendenzen zu beseitigen, und dazu bedarf er der Hülfe der Kirche. Ich bitte den Herrn Minister dringend, uns eine Vorlage zu machen, welche eine Aenderung des königlichen Patronats bezweckt. Man verweist uns darauf, daß die Gemeinden das Steuerrecht erworben, aber dieses Recht ist beschränkt. Hier in Berlin müssen die wohlhabenden, im Zentrum wohnenden Parochianen für die an der Umgebung befindlichen Gemeinden sorgen. Die Zustände sind unerträglich geworden, Abhülfe muß schnell erfolgen.

Abg. Goetting: Die Staatsregierung hat den kirchlichen Nothstand anerkannt, aber der Antrag Stöcker exemplifizirt nur auf Berliner Verhältnisse und deswegen darf man doch noch nicht die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzen. Die Berliner Stadtsynoden haben ja die Mittel zur Abhülfe angeboten, der Ober-Kirchenrath hat sie aber abgelehnt, allerdings mit einer Motivirung, die beweist, daß man immer noch an alten Maximen klebt. Also in Berlin fehlen die Mittel zur Abhülfe des Nothstandes nicht, der übrigens nicht unter der neuen Synodalordnung entstanden ist, sondern aus der Zeit des königlichen Patronats datirt. Darum erkläre ich mich auch gegen den Antrag Hahn, den ich gleicherweise nicht für indizirt halten kann, obwohl ich, gewiß im Einverständniß mit dem ganzen Hause, seiner Tendenz sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Hahn: Der Abänderungsantrag berücksichtigt nicht nur die Berliner Verhältnisse, sondern die Verhältnisse des ganzen Landes und beider Konfessionen.

Abg. Langerhans hält die Anträge gleichfalls für überflüssig; während

Abg. v. Minnigerode glaubt, daß trotz staatlicher Unterstützung die Kirche sich völlig frei entwickeln könne und bittet um eingehende Berathung des Antrags Hahn in der Budgetkommission.

Abg. v. Huene motivirt seinen Antrag, die in dem Antrag Hahn geforderten Summen im Verhältniß der Bevölkerungszahlen für die evangelische Kirche und für die römisch-katholische Kirche getrennt einzustellen und zu verwenden, und damit die Parität beider Kirchen zu wahren.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. von Eynern und Enneccerus gehen beide Anträge an die Budgetkommission.

Es folgt alsdann die Berathung des Antrages Hahn zu Kap. 124, Tit. 5, der zur Verbesserung der Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse 3,255,612 M. auswirft. Dieser Antrag Hahn wünscht, daß das für die Geistlichen zu gewährende Minimaleinkommen den betreffenden Empfängern dauernd gesichert wird.

Abg. v. Huene beantragt dazu, die Regierung im nächsten Etat um eine Uebersicht zu ersuchen darüber, in welchem Verhältniß die Summe an evangelische und an katholische Geistliche verwendet worden ist.

Die Budgetkommission beantragt, den Antrag Hahn anzunehmen.

Es entspinnt sich hierbei eine Debatte über den Antrag v. Huene, in welcher die Abgg. von Huene und Windthorst über unparitätische Verwendung der Summen klagen, während die Abgg. v. Minnigerode und Enneccerus dies bestreiten.

Minister v. Goßler behauptet, daß das Prinzip der Parität auf diesem Gebiete stets voll gewahrt worden sei; außer den beiden Fällen, die im vorigen Jahre von dem Abg. Mosler hier angeführt worden, seien während seiner ganzen Verwaltung nur noch zwei Beschwerden über Imparität an ihn gelangt. Zahlen würden für die Wahrung der Parität nichts beweisen, denn sowohl das Sperrgesetz, wie die Einführung der Hülfsseelsorge haben pekuniäre Verschiebungen zur Folge gehabt. Die Katholiken bekommen das Doppelte Dessen, was für die Evangelischen verwendet wird, obwohl die Ersteren in der Hälfte der Bevölkerungsziffer der Evangelischen vorhanden sind. Wenn die Herren durchaus eine Neuregelung haben wollen, so sollen sie sie haben, dann werden wir sehen, wo das Geld bleibt.

Abg. v. Huene behauptet, daß die höhere Dotirung der katholischen Kirche in den früheren rechtlichen Verhältnissen derselben ihren Grund habe; sie wäre noch besser dotirt, wenn man nicht zu arg in diese hineingegriffen hätte.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag Huene mit 150 gegen 109 Stimmen abgelehnt. (Dafür stimmen Zentrum und Polen geschlossen, die Freisinnigen mit Ausnahme des Abg. Knörcke und des Abg. v. Eynern.)

Der Antrag Hahn wird darauf angenommen. (Dagegen stimmen das Zentrum, die Polen und einige Nationalliberalen.)

Es folgt die Berathung über den Antrag der Abgg. Dr. Wehr und Spahn auf Einschaltung eines neuen Tit. 55a „zur Fortführung der Restaurationsarbeiten des Schlosses zu Marienburg 10,000 Mk.“ bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Namens der Kommission beantragt der Abg. Frhr. v. Minnigerode, die Forderung abzulehnen.

Abg. Dr. Wehr hob hervor, daß aus der Ablehnung seiner Forderung für den Bau vielleicht Nachtheile erwachsen könnten, und wünschte, daß wenigstens in diesem Jahre durch die Mittel des Dispositionsfonds dem Eintritt eines solchen Nachtheils vorgebeugt werden möge.

Nachdem der Finanzminister von Scholz dies zusagt, zog Abg. Dr. Wehr seinen Antrag zurück.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend wegepolizeiliche Vorschriften für die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogthum Lauenburg.

Derselbe wird nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung festgestellt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Dritte Lesung kleinerer Vorlagen; erste Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau.

Schluß nach 1½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 6. März. Frankreich ist Deutschland in der Einstellung neuer gezogener Wurfgeschütze schweren Kalibers in die Belagerungs-Parks noch voraufgeeilt. Nach einer Mittheilung der „Republique francaise“ ist im Extraordinarium für 1885 die Beschaffung von 52 27-Zentimeter-Mörsern für die östlichen Grenzfestungen bereits vorgesehen. In Deutschland ist bekanntlich der neue 24-Zentimeter-Mörser des Krupp'schen Etablissements neuerdings erst auf dessen Schießplatz zu Meppen und dann auch in anderen sogar bis auf die Marine ausgedehnten Versuchen mit günstigstem Erfolg einer umfassenden Erprobung unterzogen worden. Diese neuen Wurfgeschütze sollen vorzugsweise für das Bombardement kleiner fester Plätze und namentlich bei einem Kriegsfall der in der Befestigung der französischen Ostgrenze so vielfach vertretenen Sperrforts benutzt werden. Für die Küsten-Artillerie ist deren Verwendung für die Unterfeuernahme des Decks der feindlichen Panzerschiffe vorgesehen. Merkwürdig erscheint für den ersterwähnten Zweck dabei noch die deutscherseits in Aussicht genommene Verbindung der Ausnutzung der Geschützwirkung dieser Mörser mit dem neukonstruirten deutschen Captif-Ballon. Aus letzterem sollen nämlich die Resultate des Bombardements kleiner fester Plätze und vor Allem der vorgenannten Forts einer fortgesetzten genauen Beobachtung unterzogen und soll danach die Geschützwirkung auf die besonders beschädigten oder gefährdeten Punkte der feindlichen Werke resp. Gebäude des in Beschießung genommenen festen Platzes dirigirt werden. In Betreff der Ausnutzung des Luftballons zu Kriegszwecken scheint man sich auf deutscher Seite bisher ausschließlich auf eine Verwendung des Captif-Ballons zu beschränken, in Frankreich wird hingegen seit Jahren die endliche Erfindung eines lenkbaren Luftschiffes erstrebt. Auch das von den Hauptleuten Renard und Krebs konstruirte neueste lenkbare Luftschiff, über dessen Leistungsfähigkeit die ersten Berichte so Erstaunliches zu berichten wußten, hat jedoch nach den erst jetzt veröffentlichten eingehenden Mittheilungen nur ein sehr geringfügiges Resultat ausgewiesen. Das Luftschiff ist zwar lenkbar, jedoch nur in dem Fall, daß der herrschende Wind in der Sekunde höchstens 4 Meter durchläuft, die gewöhnlichen Winde legen jedoch in der Sekunde 6 bis 15 Meter zurück, und erscheint danach die Verwendbarkeit auch dieser lenkbaren neuesten Luftschiffs-Konstruktion in dem Maße beschränkt, daß an eine praktische Ausnutzung derselben wohl noch schlechterdings nicht gedacht werden kann.

Die von der französischen Armee-Kommission in ihrer Sitzung vom 14. Februar d. Js. im Prinzip angenommene Einführung einer Wehrsteuer für alle nicht zur aktiven Ableistung ihrer Militärpflicht herangezogenen wehrpflichtigen Mannschaften hat auch in Deutschland die Frage der Einführung einer solchen Steuer wieder auftauchen lassen. Dieselbe ist bekanntlich vor einigen Jahren bereits, jedoch mit absolut ablehnenden Erfolge, der Entscheidung des Reichstages unterbreitet gewesen. Eingeführt ist eine derartige Steuer gegenwärtig bereits in der Schweiz durch ein Gesetz vom 28. Juni 1878 und in Oesterreich-Ungarn durch die sogenannte „Militärtaxe“ vom 13. Juni 1880. In beiden Staaten werden die Ergebnisse dieser Steuern als recht vortheilhafte bezeichnet. In Deutschland ist dieselbe jedoch bei jener früheren Verhandlung weit weniger von dem Standpunkte der Billigkeits-Rücksichten und des finanziellen Ertrages, als von dem ihrer Rückwirkung auf den Geist der gesammten deutschen Wehrverfassung beurtheilt worden und dürfte hierin bisher schwerlich schon eine veränderte Auffassung Platz gegriffen haben.

— Durch die neuen Justizgesetze ist in der Verpflichtung der preußischen Polizei-Behörden, den Requisitionen der Gerichte um Festnahme und Einlieferung gerichtlich Verurtheilter zur Strafverbüßung stattzugeben, keine Aenderung herbeigeführt worden. Wenn nun nach § 19 der unter dem 23. v. M. für Preußen erlassenen neuen Gerichtsvollzieherordnung die Gerichtsvollzieher verpflichtet sind, Aufträge jeder Art, welche ihrer dienstlichen Stellung entsprechen und ihnen von den Justiz-Behörden ertheilt werden, zu vollziehen, insbesondere Verhaftungen, Festnahmen und Vorführungen von Personen im Auftrage des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft auszuführen, so kann daraus dem Vernehmen nach nicht gefolgert werden, daß die Gerichte bei der Einziehung gerichtlich Verurtheilter zur Strafvollstreckung lediglich der Gerichtsvollzieher sich zu bedienen haben und nicht ferner befugt seien, mittels Requisition die Unterstützung der Polizei-Behörden in derselben Weise und in demselben Umfange, wie früher, in Anspruch zu nehmen.

— Von der deutschfreisinnigen Fraktion haben für den Direktorposten gestimmt die Abgg. Behm, Beisert, Brömel, Fährmann, v. Forckenbeck, Hoffmann, Horwitz, Lipke, Lorenzen, Meyer-Halle, Münch, Panse, Rickert, Schrader, Siemens, Thomsen, Witt, Witte, Wilbrandt. Von diesen haben am 15. Dezember mit Nein gestimmt: die Abgg. Behm, Hoffmann, Lipke, Lorenzen, Meyer-Halle, Witte; mit Ja: Horwitz, die übrigen fehlten in der Sitzung vom 15. Dezember. Mit Nein haben gestimmt: die Abgg. Ausfeld, Bamberger, Baumbach, Baumgarten, Braun, Buddeberg, Bürten, Dirichlet, Eysoldt, Greve, Hänel, Halben, Halberstadt, Hermes, Herrmann, Hinze, Huchting, Langerhans, Lerche, Löwe, Lüben, Lüders, Manger, Meibauer, Mohr, Munckel, Papellier, Parisius, Pflüger, Richter, Rohland, Schenck, Schmieder, Schneider, v. Stauffenberg, Stiller, Träger, Virchow.

— Aus Braunschweig wurde vor Kurzem gemeldet, daß der dortige Kreis-Landwehrverein zwei seiner Mitglieder auszustoßen beschlossen habe, weil sie bei den letzten Reichstagswahlen für den sozialdemokratischen Kandidaten Blos gestimmt. Der Regentschaftsrath hat diesen Vorgang indessen nicht unbeachtet gelassen, vielmehr soeben, wie ein Telegramm von dort meldet, dem Kreis-Landwehrverein Braunschweig die Korporationsrechte entzogen und denselben aufgelöst. Auf Grund des Landesgesetzes vom 4. Juli 1853 ist für die Vermögensverwaltung des Vereins ein Kurator bestellt. Der Verein zählt 1500 Mitglieder und sein Vermögen beträgt 26,000 Mark. Der Vorfall erregt ungeheures Aufsehen.

Es wäre sehr zu wünschen, bemerkt das „B. Tgbl.“ hierzu, daß auch auswärts mit unnachsichtlicher Strenge gegen diejenigen kriegskameradschaftlichen Vereine eingeschritten würde, die, ihrem ursprünglichen Programm ungetreu, sich mit politischen Angelegenheiten befassen und namentlich in der Zeit der Wahlen auf ihre Mitglieder einen mehr oder minder wirksamen Druck in bestimmtem Partei-Interesse auszuüben suchen.

— Der Abg. v. Aulock, Kammerherr und Landesältester zu Kostau bei Pitschen in Oberschlesien, ist in vergangener Nacht plötzlich gestorben. Derselbe vertrat im Abgeordnetenhause den 1. Oppelner Wahlkreis (Kreuzburg, Rosenberg). Er gehörte dem Zentrum an.

— In Warschau hat am 1. März eine Demonstration der beschäftigungslosen Arbeiter stattgefunden, die damit endete, daß über 100 Betheiligte verhaftet wurden. Ueber die Ursachen und den Verlauf der Bewegung unter den Arbeitern wird der „Pos. Ztg.“ aus Warschau geschrieben:

Bekanntlich liegen schon länger als Jahresfrist die ökonomischen Verhältnisse Polens recht im Argen. In erster Linie war namentlich der Handel Warschaus von diesem plötzlich eingetretenen Stillstande betroffen, der dann naturgemäß immer weitere Kreise ergriff, so daß auch die relativ hoch entwickelte heimische Industrie unter dieser Kalamität schwer zu leiden hatte. Dazu kam als ferneres erschwerendes Moment hinzu, daß auch die Landwirthe in Folge der stockenden Ausfuhr von Getreide ihre Produkte theilweise überhaupt gar nicht absetzen konnten. Die ländlichen Arbeiter waren nun in Folge der Arbeitslosigkeit in größeren Schaaren nach den Städten, namentlich nach Warschau geströmt, wo sie indeß auch keine Beschäftigung fanden. Im Gegentheil mußten in den hiesigen Fabriken zahlreiche Arbeiterentlassungen stattfinden und dieses Element, zusammen mit dem feiernden Kleingewerbe, bildet nun ein ganz neues und eigenartiges, zur Zeit arbeits- und brodloses Proletariat. Die Privatwohlthätigkeit kam zwar ziemlich während des ganzen Winters diesen Leuten zu Hülfe, natürlich aber war sie nicht ausreichend, und so konnte man in den letzten Wochen ganze Banden immerhin noch leidlich gut gekleideter Arbeiter von Haus zu Haus ziehen sehen. Nun scheinen die Leute sich zu einer gemeinsamen Maßregel vereinigt zu haben; wie auf Verabredung versammelten sich nämlich heute in den Vormittagsstunden etwa 500 dieser brodlosen Arbeiter, darunter auch eine Anzahl Weiber und Kinder im Schloßhofe des General-Gouverneurs, und zogen von dort, nachdem sie in Erfahrung gebracht, daß der General Gouverneur gegenwärtig in Petersburg weile, vor das Rathhaus, um von dem Präsidenten der Stadt Beschäftigung oder Nahrung zu verlangen. Sofort aufgebotene Kosaken nebst der Polizei umringten diese Menge, und nun wurde die Legitimation jedes Einzelnen geprüft; alle diejenigen, die sich augenblicklich nicht ausweisen konnten, sind verhaftet worden. Offenbar Hungerige wurden in der Kaserne der städtischen Feuerwehr beköstigt. Es wird nun die Untersuchung darzuthun haben, ob hier ein spon

kaner Ali vorliegt oder ob sozialistische Aufhetzereien im Spiele sind.

— Dem Falle von Khartum scheint derjenige Kassalas nachfolgen zu sollen. Auf eine Anfrage im englischen Unterhause mußte Lord Fitzmaurice, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, bestätigen, daß die Garnison von Kassala am 2. Februar einen Ausfall versuchte, bei welchem sie 28 Offiziere und 632 Mann verlor. Der Entsatz von Kassala, fügte er hinzu, bereitet ohne die Hülfe befreundeter Stämme große Schwierigkeiten, da die Stadt in so großer Entfernung von der Küste liege, nämlich 56 (deutsche) Meilen von Suakin und 58—59 (deutsche) Meilen von Massowah. Oberst Chermside, der Gouverneur von Suakin, sei angewiesen, seinen ganzen Einfluß bei den befreundeten Stämmen aufzubieten, um dieselben dafür zu gewinnen, der bedrängten Besatzung von Kassala Beistand zu leisten und jede andere, ihm gut dünkende Maßregel zu diesem Zwecke zu ergreifen. Natürlich werden die Bemühungen Oberst Chermside's, welche eine ziemliche Zeit in Anspruch nehmen, der hart bedrängten Garnison für absehbare Zeit gar nicht nützen. Im Uebrigen hat England, was Kassala anbelangt, eher zu viel als zu wenig Verbündete. Es hat wegen des Entsatzes der Stadt zuerst mit dem König von Abyssinien und dann, wie man wohl annehmen darf, mit Italien Abkommen getroffen. Diese beiden dürften sich nunmehr, wo es darauf ankommt, eher hindernd als fördernd im Wege stehen. Es ist eben auch in dieser Hinsicht vom Kabinet Gladstone Alles verkehrt angegriffen und verwirrt worden.

Kassala, die zweitgrößte Stadt des Sudan, liegt etwa halbwegs von Massowah nach Khartum, nahe der Stadt beginnt die Wüste, doch ist die nähere Umgebung wohl bebaut; am Horizont erblickt man die abyssinischen Gebirge. Hier pflegten die Thierkarawanen für die zoologischen Gärten Europas Station zu machen. Die Stadt liegt auf einem schroffen Berge, die Straßen zu ihr führen durch schwierige Bergpässe.

— Die Truppensendungen nach Suakin aus England und Indien werden demnächst abgeschlossen sein. Die zur Operation von Suakin nach Berber bestimmte „Ostarmee“ soll aus 10,000 Soldaten, 15,000 Kameelen, 3000 Maulthieren bestehen, abgesehen von den einheimischen Arbeitern, die an Ort und Stelle geworben werden. Da das Wasser in Suakin und auf dem Wege nach Berber nur für die Landesbewohner ausreicht, so werden eine Menge von Apparaten mitgenommen, um in Suakin die täglich nöthigen 60,000 Gallonen Wasser zu schaffen. Diese eine Thatsache genügt, um die Schwierigkeiten der Aufgabe, welcher General Graham, der Kommandant der „Ostarmee“, entgegensieht, zu kennzeichnen.

Ausland.

Petersburg, 3. März. Während an der Grenze von Afghanistan die Vorposten der Russen und Afghanen sich auf Schußweite gegenüberstehen, hat auch die russische Presse das Geplänkel mit England schon seit einiger Zeit aufgenommen. Es beginnt jetzt die Preßorgane mehr und mehr zu beschäftigen, und der zuerst ganz abgewiesene Gedanke, daß die Angelegenheit größere Dimensionen annehmen könnte, läßt sich zwischen den Zeilen durchlesen. Die allgemeine Meinung geht indessen immer noch ganz überwiegend von der Voraussetzung aus, daß England dem russischen Vorrücken, abgesehen von Protesten, wenig in den Weg zu stellen habe. Das offiziöse „Journal de St. Petersbourg“ polemisirt mit einer Kalkuttaschen Korrespondenz der „Times“, worin diese die dem General Kaamrow zur Verfügung stehende Streitmacht auf 8000 Mann anschlägt, während England 25,000 Mann und 44 Kanonen denselben entgegenzusetzen im Stande ist. Kann ein besserer Beweis unseres friedlichen Bestrebens gefunden werden? fragt das Organ des auswärtigen Amtes. Die Mehrzahl der Blätter giebt dem Gedanken Ausdruck, daß ein fester Zustand erst dann begründet werden kann, wenn die barbarischen Zwischenglieder zwischen England und Rußland verschwunden sind und die beiden Großmächte sich als unmittelbare Nachbarn einrichten können. Die „Now. Wrjm.“ versucht, England durch freundliche Worte und drohende Hinweise zu bewegen, sich die Besetzung von Herat gefallen zu lassen.

„Auf der ganzen Welt giebt es keine einzige Macht, die nicht mit heimlicher Ungeduld einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Rußland und England erwartete. Oesterreich und Deutschland, China, Frankreich und die Vereinigten Staaten, die Türkei und Persien, Italien, Spanien und unzählige kleine Staaten, unter diesen auch einzelne, dem englischen Szepter unterworfene Gebiete warten ungeduldig auf den schrecklichen Zweikampf zwischen dem Kontinentalkoloß und der mächtigsten Seemacht. Das wird nicht mehr ein lokalisirter Krieg sein, ähnlich dem Krimkriege, in welchen die Engländer fast ganz Europa hineinzuziehen vermochten. Die europäischen Verbündeten, wenn die Engländer solche überhaupt finden, können ihnen in ihren asiatischen Besitzungen, um welche sie hauptsächlich besorgt sind, keine irgendwie bedeutende Hülfe erweisen. Aber dafür werden sowohl die Feinde Englands und deren Verbündete, als auch die neutralen Mächte sorgen, daß den Engländern ein bedeutender Theil ihres Seehandels auf allen Theilen des Erdballes entrissen wird. Es fragt sich nun, lohnt es sich denn wirklich, wegen Herat solch einen Sturm für die ganze Welt heraufzubeschwören? Liegt es denn im eigenen Interesse der Engländer, ihre indische Grenze, von welcher wir auch in Herat uns in beträchtlicher Entfernung befinden werden, künstlich der russischen Vorhut in Mittelasien näher zu bringen? Uns scheint es, daß die Russen in Herat und die Engländer in Kandahar gute Nachbarn sein könnten; uns wären dann die Engländer nicht furchtbar und England hätte keine Veranlassung, einen Einfall in Indien zu befürchten, welches dann die englische Armee im Zentrum von Afghanistan beschützen würde. In den Ansprüchen der englischen Regierung auf Herat können wir nichts Anderes erblicken, als eine Ausdrucksform des offensiven britischen Chauvinismus, der durch fälschliche Befürchtungen geschürt wird.“

Der Gesundheitszustand des Grafen Tolstoi, der nie ein guter war, hat sich im Laufe des Winters wesentlich verschlechtert, so daß der Graf jetzt Urlaub zu nehmen gezwungen war. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt desselben haben sich hieran anschließend erneuert. Indessen ist der Kaiser keineswegs geneigt, sich von dem Minister des Innern zu trennen, der für die Sicherheit gegen nihilistische Attentate bis jetzt mit nicht wegzuleugnendem Erfolge zu sorgen wußte. Ein Zeichen kaiserlicher Gnade ist dem Grafen Tolstoi in der Ueberlassung von Livadia zu seiner Erholungskur geworden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. März. Am 1. April eröffnet der Stettiner Konsum- und Spar-Verein, um vielfachen Wünschen der Mitglieder nachzukommen, in seinem Hause Moltkestraße ein eigenes Tabak- und Zigarrengeschäft.

— Ein Versprechen von Geld für die Verheirathung mit einer Anverwandten des Versprechenden ist nicht ungültig und unverbindlich, selbst wenn es nicht schriftlich abgefaßt worden, und kann auch nicht deshalb für ungültig angesehen werden, weil die Eheschließung ihrer sittlichen Natur nach auf freiem Willen beruhen muß und nicht erzwungen werden kann, auch nicht ersichtlich ist, wie die Heirath einer dritten Person als eine dem verheirathenden Anverwandten gewährte Leistung erscheinen kann. Denn auch die Vortheile eines dritten können Gegenstand eines Vertrages sein; außerdem aber ist es klar, daß auch ein dritter ein eigenes Interesse, welches nicht ein Geldinteresse zu sein braucht, an der Verheirathung einer Anverwandten haben kann. Ein Vertrag, durch welchen ein Theil sich verpflichtet, eine dritte Person zu heirathen, der andere Theil dagegen verspricht, dafür dem ersteren eine Summe Geldes zu zahlen, ist als ein Vertrag über Handlungen anzusehen, und die Eingehung einer Ehe ist eine Handlung im Sinne des Gesetzes, das solche Handlungen an sich nicht auf Geldhandlungen beschränkt. Daraus, daß das Versprechen, Jemanden zu heirathen, nicht erzwingbar ist, folgt keine Unbestimmbarkeit des Vertrages, welche denselben ungültig macht. Der Gegenstand des Vertrages ist nach beiden Seiten genau bestimmt, auch die Erfüllung der beiderseitigen Verpflichtungen keineswegs der Willkür des Verpflichtenden überlassen, und da ebensowenig ein solches Abkommen als sittlich verwerflich zu bezeichnen ist, so muß ein Vertrag, durch welchen Jemand für Geld eine gewisse Heirath einzugehen verspricht, als rechtsverbindlich angesehen werden, aus welchem auf Zahlung der versprochenen Geldsumme geklagt werden kann, sobald die Leistung, d. h. die Heirath, erfolgt ist. In dieser Weise begründet eine gerichtliche Entscheidung die Verurtheilung des entfernten Verwandten einer jungen Frau zur Bezahlung der deren Ehemann vor der Hochzeit versprochenen Mitgift.

— Die Gefahren durch Explosion des Erdöls entstehen gewöhnlich durch zu große Erhitzung des Petroleums oder in Folge ungenügender Raffinade, wobei dasselbe leichte, flüssige Oele ausstößt, die sich schon bei niederer Temperatur in der Nähe von Feuer und Licht entzünden. Durch eine einfache Untersuchung des Oels läßt sich der Gefahr vorbeugen. Bei mittlerer Zimmertemperatur, also etwa 16° R., wird in ein kleines Gefäß von dem zu prüfenden Oel geschüttet und ein brennendes Zündhölzchen wagerecht in dasselbe fallen gelassen. Ist das Oel frei von leichten Oelen, so erlischt das Holz, sobald es im Oel untersinkt; sind aber flüchtige Oele vorhanden, so fängt das Petroleum sofort Feuer. In diesem Falle kann man das Feuer schnell löschen, wenn man ein größeres Gefäß, etwa einen Teller, über das Feuer deckt. Gut gereinigtes Petroleum muß sich auf 23° R. erhitzen lassen, ohne leicht brennbare Dämpfe auszustoßen.

— Die Kandidaten des Bau- und Maschinenfaches, welche die erste Staatsprüfung im Laufe der Monate April, Mai und Juni cr. abzulegen beabsichtigen, werden von der königlich technischen Prüfungskommission zu Berlin aufgefordert, bis zum 31. März d. J. sich schriftlich bei derselben zu melden und dabei die vorgeschriebenen Nachweise und Zeichnungen einzureichen.

— Demnächst wird hierselbst wieder ein Variété-Theater eröffnet werden. Herr Direktor Otto Reez hat gestern das Grundstück Birken-Allee Nr. 7 — zu Grabow gehörig und bisher im Besitz des Telegraphen-Inspektors Wiesenthal in Aachen — käuflich erworben und wird schon in den nächsten Tagen dort mit dem Bau eines Theaters beginnen.

— Durch Annonciren in hiesigen Tageblättern empfahl sich eine Frau Timm, früher in der Friedrichstraße wohnhaft, zur Anfertigung von Kleidern zu dem billigen Preise von 3 Mark. In Folge dessen gingen bei der Frau wohl von 20 und mehr Dienstmädchen Aufträge ein. Im guten Glauben gaben die Mädchen derselben nicht nur den Stoff zu den Kleidern, sondern vertrauten ihr auch noch auf Verlangen Vorschüsse in Höhe bis zu 10 Mark zur Bestreitung der Zuthaten an. Indessen haben die Mädchen bisher weder die fertigen Kleider bekommen, noch konnten sie Stoff und Geld zurückerhalten. Bei der Polizei gehen täglich neue Meldungen Geschädigter ein.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Anna-Liese.“

Zentralblatt für Elektrotechnik. München und Leipzig bei R. Oldenburg.

Dies treffliche Blatt ist die erste deutsche Zeitschrift für angewandte Elektrizitätslehre. Sie macht es sich zur Aufgabe, alle wichtigen Fortschritte auf elektrotechnischem Gebiete mitzutheilen. Sie behandelt ganz speziell die quantitativen Anwendungen der Elektrizität für industrielle Zwecke. Tagesfragen finden durch den jeder Nummer vorausgestellten Rundschauartikel eine angemessene Würdigung, während eine Umschau auf dem Gebiete physikalischer Forschung die wissenschaftlichen Fortschritte vermittelt. Eine vollständige Unabhängigkeit befähigt die Zeitschrift, die gemeinsamen Interessen der elektrotechnischen Industrie Deutschlands zu vertreten. Wir machen alle Techniker auf dies ausgezeichnete Journal aufmerksam. [69]

— Ein komischer Zwischenfall ereignete sich bei der letzten Wallenstein-Vorstellung im Frankfurter Schauspielhause. Die „Pappenheimer“ hatten eben ihren Max abgeholt; der Vorhang war mit Gemessenheit vor dem erschüttert dastehenden Wallenstein niedergegangen, als ein preußischer Unteroffizier auf der Bühne erschien und seine als Pappenheimer kostümirten Leute zu ihrem Erfolge lebhaft beglückwünschte. Vor den Beifallssalven der Zuschauer hob sich der Vorhang wieder. Der Unteroffizier, der diese Möglichkeit nicht vorausgesehen, stand nun inmitten seiner Getreuen vor dem Publikum, dessen Beifall sich nun zu einem stürmischen steigerte. Der Unteroffizier merkte sofort, daß der Sturm ihm gelte und verneigte sich tief, retirirte aber dann sofort im Geschwindschritt hinter die Kulissen.

Aus den Provinzen.

♂ **Bütow**, 4. März. Gestern fand die amtliche Einführung des Herrn Bürgermeisters Ahlsdorf durch den Herrn Landrath Dr. Scheunemann statt. Abends war zu Ehren des Herrn Bürgermeisters ein Souper im Gerth'schen Saale veranstaltet worden. Sonach bleibt nun noch in nächster Zeit für unsere Stadt die Superintendentur- und Predigerstelle zu besetzen. — Der Stand der Wintersaaten ist in diesem Jahre nicht ein zu erfreulicher. Der in diesem Winter nur zeitweise gelegene Schnee hat den Boden wenig erfeuchten und die Saat erfrischen können. Der nun in letzter Zeit herrschende trockene Frost hat die letzten Säfte der Saat entzogen, den Boden ausgetrocknet und den Keim in seinem Wachsthum gehindert. Hoffentlich werden laue und milde Frühlingstage eintreten und der Saat von großem Nutzen sein.

Vermischte Nachrichten.

— (Gehälter deutscher Bürgermeister.) Eine süddeutsche Zeitung bringt eine bemerkenswerthe Aufstellung der Gehälter der Bürgermeister in einer Reihe deutscher Städte. Die erste Summe giebt das Gehalt der Oberbürgermeister, die zweite (in Parenthese) das der Stellvertreter an. Berlin 30,000 Mk. (15,000); Breslau 19,000 Mk. (12,000); Köln 18,000 Mk. (9000); Königsberg 15,900 Mk. (7500); Leipzig 15,000 Mk. (12,000); Frankfurt a. M. 15,000 Mk. (9400); Magdeburg 15,000 Mk. (9000); Danzig 15,000 Mark (7500); Düsseldorf 15,000 Mk. (6000); Stettin 13,500 Mk. (9000); München 13,200 Mk. (10,000); Elberfeld 13,000 Mk. (7500); Bremen 12,000 Mk. (7500); Halle 12,000 Mk. (7500); Erfurt 12,000 Mk. (6600); Altona 12,000 Mk.; Kassel 12,000 Mk. (6000); Aachen 12,000 Mk. (6000); Posen 10,500 Mk. (7000); Dortmund 10,500 Mark (7000); Krefeld 10,500 Mk. (7500); Kiel 10,000 Mark (6000); Wiesbaden 10,000 Mk. (7000); Augsburg 10,100 Mk. (8100); Dresden 10,500 Mk. (8400); Chemnitz 10,500 Mk. (7500); Hannover 9000 Mk. (6000); Nürnberg 9600 Mk. (6500); Würzburg 8000 Mk.; Regensburg 8000 Mk. (5000); Stuttgart 10,000 Mk.; Mannheim 10,000 (5000); Karlsruhe 8000 Mk. (4800); Mainz 12,000 Mk. (6000); Darmstadt 8000 Mk.; Offenbach 6000 Mk.; Oldenburg 7200 Mk. (5000); Schwerin 6600 Mk. (6000); Weimar 6000 Mk. (3500); Altenburg 6000 Mk. (4000); Gotha 5100 Mk. (3000).

— Ein neuer Alarmapparat für Straßenbahnwagen, der sog. Riedelsche, hat sich in den 9 Monaten, während welcher Zeit vier Wagen damit im Betriebe geblieben sind, so gut bewährt, daß, nach Meldung des „D. Tgbl.“, das königl. Polizeipräsidium in Berlin die Gesellschaften anwies, diese Erfindung an sämmtlichen Pferdebahnwagen anzubringen. Mit dieser Neuerung ist an erster Stelle der Zweck erstrebt und erreicht, daß der Pferdebahnkutscher im Moment der Gefahr nicht rathlos vor übermenschliche Anforderungen gestellt wird; der Kutscher kann hier ohne besondere Aufmerksamkeit in demselben Moment läuten und bremsen, selbst wenn er die Leine und Peitsche in den Händen hält. Ein großer Prozentsatz aller schweren Unglücksfälle bei den Pferdebahnen ist bisher gerade dadurch herbeigeführt worden, daß die Kutscher in ihrer Angst durch rathloses Hin- und Hergreifen (zwischen Glocke und Bremse) den letzten Moment der Rettungsmöglichkeit versäumten. Es darf diese Neuerung deshalb im Interesse der öffentlichen Verkehrssicherheit wohl allgemein begrüßt werden.

Berlin. Wiederum wird über ein Pistolen-Duell berichtet, das dieser Tage mit blutigem Ausgang in der Nähe des „Eierhäuschens“ zwischen zwei Referendarien, welche beide kurz vor dem Staatsexamen stehen, stattgefunden hat. Einer der beiden Duellanten ist beim ersten Kugelwechsel durch einen Schuß in die rechte Lende schwer verwundet worden, so daß seine Ueberführung in eine hiesige Privatklinik erfolgen mußte. Ueber die Veranlassung zu dem Zweikampf ist Näheres zwar nicht bekannt geworden, doch wird in den betreffenden Kreisen vermuthet, daß der Nationalitätenstreit, der gegenwärtig in der Provinz Posen — welcher beide Herren entstammen — wieder in unliebsamster Weise geführt wird, das eigentliche Motiv für die Herausforderung gewesen ist; der eine Referendar ist trotz seines urdeutschen Namens fanatischer Pole, während der andere (der die Verwundung erlitten hat) zu den guten Deutschen gehört.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 6. März. (B. T.) Der französische Dampfer „Tonquin“, von Cardiff nach Marseille bestimmt, um dort Truppen für Tonquin aufzunehmen, ist bei Malaga nach einer Kollision mit dem französischen Dampfer „Maurice et Reunion“ gesunken. Der Kapitän und 23 Mann ertranken, 38 Personen wurden gerettet.

Danzig, 6. März. Die Elbinger Kreditbank hat, wie die „Danziger Zeitung“ meldet, gestern den Konkurs angemeldet. Der persönlich haftende Gesellschafter derselben, Landtags-Abgeordneter Wiedwald, hat der Konkursmasse sein ganzes Vermögen zur Verfügung gestellt.

London, 6. März. „Standard“ erfährt, der Besuch des Grafen Herbert Bismarck und der Ideenaustausch, zu dem derselbe geführt, habe der britischen Regierung große Befriedigung gewährt; in Regierungskreisen werde die Hoffnung gehegt, daß dieser persönliche Meinungsaustausch dazu beitragen werde, die jüngst entstandenen bedauerlichen Differenzen zu beseitigen und die Beziehungen zwischen England und Deutschland auf einen freundlicheren Fuß zu stellen. — Dasselbe Blatt vernimmt, daß der russische Botschafter v. Staal von seiner Regierung den Auftrag habe, der englischen Regierung die Versicherung zu geben, daß Rußland aufrichtig wünsche, zu einer freundschaftlichen Verständigung mit England über die afghanische Grenzfrage zu gelangen. An die russischen Befehlshaber in Zentralasien sei Befehl gesandt worden, von weiterem Vorgehen abzustehen, es herrsche jedoch Besorgniß, ob die Turkmenentruppen hinreichend unter Kontrole stehen, um einen Zusammenstoß mit den afghanischen Vorposten zu verhindern.

London, 5. März. Unterhaus. Auf die Anfrage Wolff's, wie Granville's Erklärungen über die egyptische Angelegenheit mit der Rede des Fürsten Bismarck vom 2. d. in Einklang zu bringen seien, erwiderte Gladstone, er könne nur sagen, daß seine Eindrücke dieselben, wie diejenigen Lord Granville's gewesen seien, er könne aber jetzt nicht näher darauf eingehen, weil Lord Granville darüber eine Erklärung im Oberhause abzugeben beabsichtige. Der Deputirte Milner fragt, ob die Regierung Schritte beabsichtige, um Italien zum Entsatze von Kassala zu veranlassen. Lord Fitzmaurice erwidert, die italienische Regierung sei über alle Details betreffs des Zustandes der Garnison in Kassala unterrichtet, die englische Regierung müsse Italien überlassen, welche Schritte es für rathsam halte. — Gladstone erklärt, das von England mit Frankreich wegen der Nichtannektirung der neuen Hebriden getroffene Abkommen sei fortgesetzt in Gültigkeit. Ein diplomatisches Engagement, die Souveränetät über die Nordküste von Neu-Guinea nicht zu übernehmen, sei England Deutschland gegenüber nicht eingegangen, die Besitzergreifung Deutschlands auf Neu-Guinea habe nicht in Uebereinstimmung mit England stattgefunden, folglich seien daselbst auch keine Rechte Englands an Deutschland abgetreten worden. Die Inseln Sumsa und Tonga anlangend, so habe die deutsche Regierung ihrer Verpflichtung, diese Inseln nicht zu besetzen, vollständig entsprochen und das Vorgehen ihres Konsuls in Samoa nicht gebilligt. Die Anfragen über die Politik, betreffend Afghanistan oder dort mögliche Ereignisse, halte die Regierung für nachtheilig für die Interessen des Staats, auch sei die in Bezug auf die Grenzen von Afghanistan zu befolgende Politik, wie genügend bekannt, eine strikt nationale, über dieselbe herrsche im Lande wohl im Allgemeinen Einstimmigkeit. Wenn der Deputirte Heneage in seiner Anfrage die englisch-russischen Beziehungen gespannte genannt habe, so halte er es zwar nicht für wünschenswerth, diesen Ausdruck selber zu gebrauchen, aber unzweifelhaft seien Fragen von der größten Schwierigkeit und Delikatesse in der Schwebe. — Lord Hartington zeigte an, daß, außer der im Kriegebudget verlangten Vermehrung des Heeres um 3000 Mann, für den Sudan und fur Egypten eine weitere Vermehrung des Heeres nothwendig sei, daß er die Ziffer dafür aber noch nicht angeben könne.